

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 85

Nein zum Europa der Banken und Konzerne

EU-Theater: Wir spielen nicht mit!

Schon jetzt ist klar, wer vom österreichischen EU-Vorsitz profitiert und wer zur Kassa gebeten wird. „Für die heimische Wirtschaft bedeutet die EU-Präsidentschaft ein Milliardengeschäft“, weiß die Nachrichten-Illustrierte News. Kosten wird das EU-Vorsitz-Theater die Steuerzahler - also uns - rund 350 Milliarden. Finanziert werden damit z.B. Österreichfeste in Botschaften, bei denen sich 3.000 erlauchte Gäste an „Germknödeln, Schwammerlgulasch und Marillenschnaps“ erfreuen dürfen. Was uns die Regierung im Zuge der Sparpakete weiß machen wollte - nämlich daß es überhaupt kein Geld mehr gibt - wird dadurch mehr als eindeutig als Lüge entlarvt: Denn Geld ist offensichtlich genug da. Es ist nur in den falschen Händen!

John Evers
SOV OG Wien-Mitte

Der Auftakt zum österreichischen EU-Vorsitz wurde fast zur Katastrophe: Ein Kran stürzte zu Beginn des Regierungsspektakels am Wiener Heldenplatz auf die TeilnehmerInnen. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt. Weniger Glück hatten die Beschäftigten des Speditionskonzerns Panalpina: Während sich die Regierung feiern ließ, kündigte die Konzernleitung an 2/3 der Belegschaft abzubauen. Über 570 KollegInnen reihen sich damit in ein Heer von rund 300.000 Arbeitslosen in Österreich und 20 Millionen Beschäftigungslosen im EU-Europa ein.

Das EURO-Märchen-Buch

Im „EURO-Buch“ (eine Initiative der österreichischen Bundesregierung) lautet die Kernthese: Der EURO wird dazu beitragen, „die Arbeitsplätze in Europa abzusichern. Er schafft eine bessere Grundlage zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“ Ein britisches Forschungsinstitut meint, daß in der EU unter den günstigsten Voraussetzungen 1,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. „Der EURO bringt arbeitsplatzmäßig wenig. Soweit sind sich alle Experten einig. Auf dem Weg zum EURO bleiben in Österreich 25.000 Arbeitsplätze auf der Strecke.“ Die Bundeswirtschaftskammer bringt es auf den Punkt „Die Arbeitsplatzvernichtung vor dem EURO geht auf Konto diverser Sparpakete der Regierung, um die Maastrichtkriterien zu erfüllen“ (alle Angaben: Standard 22.9.97).

Mit den Sparpaketen wurden nicht nur Arbeitsplätze (vor allem im öffentlichen Dienst) vernichtet. Privatisierungen und Ausgliederungen (z.B. Post), um angebliche „EU-Reife“ zu erlangen, kosteten ebenfalls tausende Stellen.

Wer ist schuld? Maastricht-Sozialabbau!

Und die Sparpolitik bedeutet auch eine Bestrafung der Arbeitslosen und Diebstahl an allen ArbeitnehmerInnen: Gelder für die sozial Schwächsten - wie die Notstandshilfe - werden nicht an Preissteigerungen angepaßt. Gleichzeitig nimmt die Regierung Jahr für Jahr fast fünf Milliarden aus der Arbeitslosenversicherung - Mittel, welche dann bei Arbeitslosenprojekten fehlen. Was bringt die Zukunft? Von den EU-Regierungen wurden zusätzliche Gelder, um europäische Beschäftigungsprogramme auf die Beine zu stellen, ausdrücklich abgelehnt.

Keine Joboffensive!

Gleichzeitig werden öffentliche Investitionsprogramme - die Arbeitsplätze bringen würden - mit dem Verweis, daß der EU-

RO solche staatlichen Alleingänge unmöglich macht - abgelehnt. Der Vertrag von Maastricht dient auch hier als entscheidende Begründung für eine Politik auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen. Nicht umsonst steht an der Spitze der Verwaltungsstelle dieser Politik - der europäische Zentralbank - ein „knallharter“ Vertreter des Neoliberalismus (GPA-Zeitung Kompetenz).

Friede, Freude, Eierkuchen?

Die meisten Wirtschaftsforscher überbieten sich in positiven Wachstumsprognosen: Bis zu 3 Prozent soll z.B. die österreichische Wirtschaft angeblich zulegen. Werte die angesichts der tiefen Krise in Japan und ganz Süd-Ost-Asien, einer möglichen internationalen Kettenreaktion und der Exportorientierung der österreichischen Wirtschaft mehr als fragwürdig erscheinen. In Deutschland ist hier bereits ein Streit zwischen verschiedene-

nen Instituten ausgebrochen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet zumindest mit einer Verlangsamung des Wachstums in Deutschland: Gründe sind die Krise in Japan und die durch Sparpakete schwache Inlandsnachfrage. Das Problem der Arbeitslosigkeit sieht das Institut in jedem Fall als „erhärtet“ (Standard 1.7.98). Eine deutliche Abkühlung oder gar Krise in wichtigen europäischen Staaten würde die oberflächliche Einigkeit und das gesamte EURO-Projekt ins Wanken bringen. Bereits jetzt sind deutliche Risse zwischen den Mitgliedsstaaten zu sehen. Rund um die Agenda 2.000 - die das EU-Budget festlegt - ist ein heftiger Streit ausgebrochen. Gegenstand sind die Mitgliedsbeiträge und Ausgleichszahlungen, die „unterentwickelte“ Regionen erhalten.

darum geht, die Besteuerung genau für diese Kapitalisten nach unten „zu harmonisieren“: Mit konkurrenzlos niedrigen Sätzen bei Einkommens-, Gewinn- und Vermögenssteuern (Vgl. Kompetenz 6/98). KollegInnen in anderen Ländern wehren sich mit Streiks und Demonstrationen - wie z.B. in Dänemark - gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Der ÖGB schickt bestenfalls Presseaussendungen, in denen er 3,5 Millionen für Arbeitsmarktpolitik von der Regierung fordert. Während die sozialen Probleme und die Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte steigen, sinkt die österreichische Streikstatistik weiter. Mit nur 5 Arbeitstagen, die zwischen 1990 und 1996 im Jahresdurchschnitt verloren gingen, sind nur noch die japanischen und Schweizer Gewerkschaften untertäniger gegenüber den Unternehmern. Der ÖGB hat Anfang Juli immerhin zu einer Kundgebung während der EU-Sozialministerkonferenz in Tirol aufgerufen - Ein Tropfen auf den heißen Stein, der weit hinter den Möglichkeiten bleibt, die die Gewerkschaft hätte, um der Regierungsshow wirklich etwas entgegenzusetzen.

Aus dem Inhalt:

Seite 2
Arbeitslosigkeit
FPÖ

Seite 3
Anker-Brot
Post

Seite 4/5
Korruption

Seite 6
Gentechnik

Seite 7
Japan
Kosovo

Arbeitsplätze schaffen
Maastricht verkümmern
→ 30 Stundenwoche bei vollem Lohn
→ 6 Stunden-Arbeitstag
→ Verkürzung der Lebensarbeitszeit
→ Gegen Sonntagsarbeit

Rekordgewinne & Streikrekorde

Gewisse Punkte werden jedenfalls garantiert nicht während eines österreichischen EU-Vorsitzes besprochen: Daß von den 20 größten europäischen Unternehmen (Umsatz 1997: 39 bis 935 Milliarden Schilling) vierzehn Konzerne zwischen 1996 und 1999 ein zweistelliges Gewinnwachstum pro Jahr aufweisen! Oder, daß Österreich eine internationale Vorreiterrolle spielt, wenn es



Der Standpunkt

Neue Lage in der NATO-Frage?

Die Redaktionsgeneräle und Kaffeehausstrategen von Profil bis Presse sind sich einig: Ein NATO-Beitritt ist ein notwendiger Akt internationaler Solidarität. Bei P.M.Lingens war zu lesen, welches geopolitische Verständnis sich dahinter verbirgt: Daß die koloniale Ausbeutung Algeriens durch Frankreich ein Segen für das Land gewesen und vor allem heute die weitaus bessere Option wäre. Schlüssel bewegt sich im selben Fahrwasser. Die Amsterdamer Vträge sollen die "Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik" der EU besiegeln. Für



von John Evers

Schlüssel bedeutet dies „Mut zur Größe zeigen. Es ist Zeit, daß der Kontinent auf die globale Bühne zurückkehrt.“ Zwar geht es (noch) nicht um die Wiederkolonialisierung Algeriens. Dafür um die des Balkans: Dort möchte Schlüssel „Schulter an Schulter mit den Amerikanern“ eingreifen. Ein jüngst von SPÖ & ÖVP beschlossenes Verfassungsgesetz macht das möglich. Österreich kann bei „Kampfeinsätzen bei Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“ der EU (WEU) teilnehmen. Nicht einmal die UNO müßte mehr zustimmen.

Was bedeutet die neue Lage für die Linke, die sich bisher größtenteils - mit mehr oder weniger nationalistischen Tönen - ausschließlich auf die Verteidigung des Neutralitätsgesetzes beschränkte?

„Wir bleiben neutral“, sagt die KPÖ trotzig in ihrer neuen Broschüre. Sogenannte „Querdenker“ wie Einem gehen diesen Weg konsequent-nationalistisch weiter. Er warnt in einem internen Papier davor, daß jetzt „Blut von Österreichern vergossen“ werden könnte. Die Beschränktheit dieser Politik ist klar. Das Neutralitätsgesetz erweist sich immer mehr als untaugliche Waffe um die NATO-Integration auch nur irgendwie zu behindern.

Doch an den Taten sollt ihr sie messen! Organisationen wie die KPÖ bemühen sich wenigstens redlich eine Einheit zwischen Theorie und praktischen Politik herzustellen: Kundgebungen werden veranstaltet, Bündnisse geschmiedet, Flugblätter verteilt ... Etwas was man von „SPÖ-Linken“ wie Einem nicht gerade behaupten kann. Der hätte zwar als Minister deutlich mehr Möglichkeiten als die gesamte Linke öffentlichkeitswirksam Proteste zu formulieren und dafür zu mobilisieren. Sich darauf zu beschränken, mit Bruno Aigner die „Kälte in der SPÖ“ ganz grauslich zu finden, ist jedenfalls nicht nur zu wenig, sondern schlichtweg unglaubwürdig. Wir brauchen nämlich vor allem „Querhändler“!

Berichte und Finanzen

SOV aktiv!

Trotz Prüfungsstreß und Hitzewelle zeichnete sich der Juni der SOV-Lernen durch vielseitige Aktivitäten aus: Straßenaktionen, Protestkundgebung vor einer Botschaft, Besuch einer Reihe von Veranstaltungen führten dazu, daß wir unser Kampffondsziel für Mai/Juni (insgesamt öS 60.000.-) zu 96 % erreichten.

Die SOV ist eine unabhängige sozialistische Organisation. Entsprechend sind auch unsere Finanzen unabhängig. Wir erhalten kein Geld von Unternehmern oder Organisationen - das hat den Vorteil, daß wir einen klaren Standpunkt gegen das Kapital und seine Interessen beziehen können. Um unsere Arbeit - unsere Zeitung, unser Büro, Flugblätter etc. - finanzieren zu können, sind wir auf die Unterstützung von allen, die unsere Arbeit und unsere Ideen gut finden, angewiesen. Ein wichtiges Instrument, um unsere Ideen transportieren zu können ist unsere Zeitung Vorwärts. Im Juni konnten wir knapp 800 Zeitungen verkaufen.

Ein Themenschwerpunkt im Juni war "Arbeitslosigkeit", dazu gab es eine Reihe von Straßenaktion - am Schwedenplatz, Westbahnhof und Viktor-Adler-Markt. Außerdem besuchten wir Veranstaltungen wie jene mit Jeremy Rifkin, Autor des Buches "Das Ende der Arbeit" sowie einer Veranstaltung des Republikanischen Clubs mit Stefan Schulmeister

(Wifo). Das Problem der Arbeitslosigkeit wird zwar erkannt, bei den Lösungsansätzen happert es allerdings bzw. geht es bei der Durchsetzung über moralische Appelle an die Unternehmer nicht hinaus! Tatsache ist, daß eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn aber nur durch den Druck "auf der Straße" möglich ist - und da ist die Gewerkschaft gefordert. Über Wiens Grenzen hinaus war die SOV in Graz beim Bildungsaktionstag und in Oberösterreich präsent.

Und weil internationale Solidarität mehr als ein Schlagwort sein muß, organisierte die SOV eine Kundgebung vor der nigerianischen Botschaft um gegen die Inhaftierung von Oppositionellen zu protestieren.

Last but not least gab's im Juni 2 Treffen des Bundesvorstandes der SOV und eine Mitgliederversammlung wo ua. über die Perspektiven für das Wahljahr 1999, die Gestaltung des Vorwärts und internationale Entwicklungen diskutiert wurde.

Bei uns gibts kein Sommerloch, sondern das SOV-Sommerprogramm und ein SOV-Seminar (siehe Seite 6). Also: Nicht nur Vorwärts lesen - sondern selbst aktiv werden!

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Arbeitslosigkeit

Frauen, wehrt Euch!

Im Mai 98 waren 107.143 Frauen beim AMS arbeitslos gemeldet. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zeigen, daß die Frauenerbeitslosigkeit um 5,5 % angestiegen ist. (Männer: +2,2%). Bei den schwer Vermittelbaren ist der Anstieg noch drastischer bei einem Plus von 13,4% (Männer: +8,7%). Viele Frauen tauchen jedoch erst gar nicht in der Arbeitslosenstatistik auf. Schätzungen zufolge sind 80% der versteckt Arbeitslosen Frauen.



**Käthe Knittler
SOV OG Wien-Süd**

Zahlen wie diese zeigen deutlich die Dringlichkeit von frauenspezifischer Förderung. Die tatsächliche Tendenz geht aber in die gegenteilige Richtung. 98% der neugeschaffenen Voll-Arbeitsplätze wurden von Männern besetzt, dafür entfallen 95% der neuen, schlecht abgesicherten und unterbezahlten Teilzeitstellen auf Frauen. Bezüglich der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik ist Österreich Schlußlicht innerhalb der EU. Die Finanzierung von Mädchen- und Frauenprojekten durch das AMS Wien und Niederösterreich wurde schon '97 eingestellt. Das Projekt Technik & Werken für Mädchen mußte zusperrern, genauso wie die Frauenberatungsstellen Courage und Cassandra, die Beratungsstelle für Migrantinnen und das Berufsorientierungsprojekt Mira. Argumentiert wurden die Kürzungen seitens des AMS mit der „fehlenden Effizienz“ dieser Einrichtungen. Tatsächlich liegt die besondere Effizienz von Frauenberatungsstellen darin, daß sie nicht nur

als reine Jobvermittlung fungieren, sondern auf die spezifische Situation von Frauen eingehen.

Das EU-weite Motto lautet Lehr-



Mythos der sozialen Hängematte...

lingsoffensive und das ist auch der einzige Bereich, in dem für dieses Jahr noch Geld locker gemacht wird. Allerdings auch nur dem Schein nach, denn es werden nicht die Lehrlinge gefördert, schon gar nicht die weiblichen, wie es im Rahmen des Sozialprojektes Mira der Fall gewesen wäre, sondern die Unternehmen.

Statt Frauen Unterstützung zur Verfügung zu stellen, verlagert sich das AMS lieber auf Projekte anderer Art. Ein Paradebeispiel aus jüngster Zeit ist das auch vom AMS mitgetragene

Homeservice-Modell für arbeitslose Frauen, bei dem Dienstleistungen wie Kranken- und Altenbetreuung, Putzen und Rasenmähen vermittelt werden. Im Gegensatz zur täglichen Hausarbeit soll diese Tätigkeit nicht gar nicht bezahlt werden, sondern „nur“ schlecht, nämlich unter dem Kollektivvertrag. Dies scheint ganz unter dem Motto zu stehen: Frau, wenn du eine Arbeit willst (und das mußt du, denn sonst bekommst du keine Arbeitslosen- bzw. Notstandshilfe mehr), geh putzen! Ein anderer neuer Weg aus der Arbeitslosigkeit heißt Selbständigkeit. Durch private Initiative sollen sich die Betroffenen selber helfen. Rund ein Viertel dieser „selbständigen Frauen“ muß mit einem monatlichen Nettoeinkommen von öS 7000 auskommen. Das ist weniger als die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe (f.Frauen: öS 7.400).

Klar ist, daß die von der Regierung angekündigte Beschäftigungsoffensive keinen Ausweg aus dieser Situation bringt, sondern sie im Gegenteil noch weiter verschärfen wird - die Sozialschmarotzerdebatte gab einen bitteren Vorgeschmack darauf, daß auf die Arbeitslosen und besonders auf Frauen (denen jetzt schon Notstandshilfe gestrichen wird, wenn sie aufgrund von Betreuungspflichten keinen Vollzeit Arbeitsplatz annehmen können) noch mehr Druck ausgeübt werden wird.

Dagegen müssen wir uns wehren!

FPÖ-Krise

Wir wollen Euer Ende!

Auch das einstudierteste Grinsen des FPÖ-Chefs in die Kamera kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die FPÖ in einer massiven Krise befindet. Daß diese Partei noch nicht erledigt ist, ist einzig auf die politische „Konkurrenz“ zurückzuführen.



**Karin Wottawa
und Claudia Sorger**

Der Flop des Euro-Volksgehrens, die Salzburger Datenklau-Affäre, die Absetzung der gesamten Funktionärsriege in Salzburg oder der Ausschluß der Parteiführung in Innsbruck: Eine Auseinandersetzung, ein Skandal jagt den anderen, wobei der Finanzskandal rund um Rosenstingl (der immer weitere Kreise in der FPÖ zieht) die selbsternannten Saubermänner bisher am meisten in Bedrängnis bringt. Noch nie wurde die innerparteiliche Kritik an Haider mit darauffolgenden Rügen, Ausschlüssen und Austritten so offensichtlich.

Jetzt versucht die FPÖ wieder einmal, in die Offensive zu gehen. So wurde Haider Rücktritt vom Rücktritt verlautbart, denn „Dieser Mann ist den Mächtigen im Weg“. Am 4. Juli wurde die FPÖ auf einem Parteitag sogar neu gegründet und zwar als „gläserne Partei“ mit einem „Demokratievertrag“ durch den sich Funktionäre verpflichten müssen, Wahlversprechen und einen Ehrenkodex einzuhalten. Kontrolliert wird das aber vom Ex-FPÖ-Abgeordneten und Burschenschaftler Jossek. Im

Zusammenhang mit der Rosenstingl Affäre ist es der FPÖ nicht einmal zu blöd, sich als Vorbild im „sparsamen



Ihm ist das Lachen vergangen

Umgang mit Steuergeldern“ zu bezeichnen. (NFZ vom 10. Juni).

Um vom Ausmaß ihrer Skandale abzulenken, setzt die FPÖ aber nicht nur auf ein neuerlich aufgesetztes Sauberkeitsimage, sondern auch auf altbewährte Hetzkampagnen. Ein Beispiel. Die FPÖ in Wien-Alsergrund. In der Aussendung der Alsergrunder Freiheitlichen wurde das AAI (Afroasiatisches Institut), das WUK (Werkstatt und Kultur) und das Lokal Dogma mit Lügen (Drogenzentren!) und Rassismus (AAI-

Bewohner haben mangelnden Integrationswillen) diffamiert und wieder einmal ein linkes Netzwerk aufgedeckt (das sich natürlich über Steuergelder finanziert). Die Übernahme des Bezirks durch Ausländer wird ebenso an die Wand gemalt wie die damit zusammenhängende Überflutung mit Fladenbrot und die Verdrängung des Schwarzbrottes. Auf Wiener Ebene fürchtet sich der FPÖ-Vorsitzende Kabas vor „China statt Wiener“. Die SOV hat gemeinsam mit JRE eine Gegenkundgebung zu einer Veranstaltung der Alsergrundes Freiheitlichen (auf der auch Kabas sprach) organisiert. Der Verantwortliche des Veranstaltungsortes (ein Kolpingheim) hat sich immerhin uns gegenüber verpflichtet, nie wieder der FPÖ einen Raum zu vermieten.

Es stellt sich nun die Frage, ob es ihr im Superwahljahr 1999 gelingen wird, die momentane Krise durch noch lautere rechte Parolen wieder zu überwinden. SPÖ und ÖVP werden sicher versuchen, in diesem blauen Wählerpotential zu fischen. Die Themen dafür haben sie jetzt schon besetzt: die Sozialschmarotzerdebatte gegen Arbeitslose, die Sicherheitsfrage und die neuen Regelungen in der Ausländerpolitik. Was also fehlt ist eine Kraft, die eine echte Alternative nicht nur zur FPÖ, sondern auch zu ihrer Politik darstellt.

Traditionsbetrieb Ankerbrot

Brotlose Zukunft?

Ankerbrot steckt in einer Finanzkrise. Seit der Übernahme der Konsum-Tochter Ährenstolz in der ersten Hälfte des Jahres 1996 nehmen die Hiobsbotschaften kein Ende. Noch bevor die Mehrheit der Ankerbrot AG im Frühjahr 1997 an die bayrische Müller - Brot GmbH verkauft wurde, schrieb der Standard am 11.1.97 noch: „Anker muß die Übernahme von Ährenstolz erst verdauen“.

Philipp Fleischmann
SOV OG Wien-West

Durch Expansion sollten die Probleme überwunden werden - aber trotzdem wurde durch „natürliche Fluktuation“ der Personalstand von 3.200 auf 2.900 gekürzt. Doch offensichtlich war das Konzept des Wachstums nicht effektiv genug: Zusätzlich zum bereits 1996 geschlossenen Ährenstolz - Standort in Linz wurde 1997 noch die Backwaren - Produktion in Wr. Neustadt und St. Pölten eingestellt.

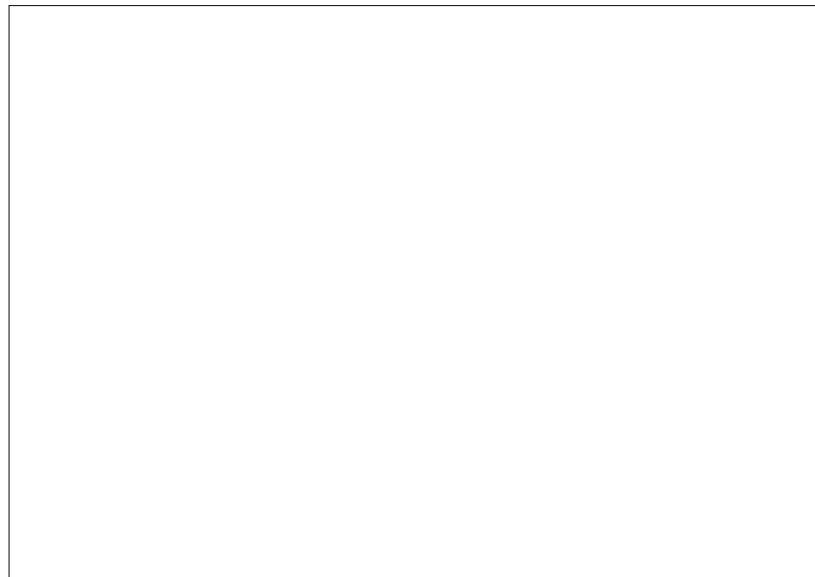
Prognosen nicht eingetroffen

Entgegen der Prognosen des Vorstandsvorsitzenden Skrobarczyk „im letzten Quartal 1997 erstmals ... schwarze Zahlen“ zu schreiben, mußte sich Ankerbrot im Dezember 1997 um zusätzliche Bankkredite bemühen. Bis zur Jahresmitte 1997 war der Personalstand bereits auf 2.459 Beschäftigte reduziert worden. Doch auch diese Gelder reichten noch nicht aus. Ein Verkauf der Anker - Mühle steht zur Diskussion, und Ankerbrot profiliert sich als Vorreiter einer Strategie der Umsatzstei-

gerung, die in letzter Zeit immer öfter als legitime Variante, als Kavaliersdelikt gehandelt wird: Die illegale Sonntagsöffnung. Letztens wurde sogar kolportiert, daß Ankerbrot um eine EU-Förderung für Restrukturierungsmaßnahmen angesucht habe. Ankerbrot hat das Erbe einer Konsum - Tochter angetreten und sich dadurch in die Position des klaren Marktführers gehievt.

NAP schafft keine Arbeitsplätze

Auch im „Nationalen Aktionsplan“ gegen Arbeitslosigkeit stützt sich die Regierung auf die These, daß private Unternehmer bei genügendem Wirtschaftswachstum für ausreichend Arbeitsplätze sorgen würden. Das Beispiel Ankerbrot zeigt wieder einmal, daß diese Theorie nicht aufgeht. Die Überexpansion, die sich Ankerbrot mit und nach der Übernahme von Ährenstolz geleistet hat, führte unweigerlich in die Sackgasse, in der sich der Betrieb jetzt befindet. Doch leider betrifft dieser Fehler sehr viele Menschen. Ankerbrot beschäftigt derzeit noch ca. 1.450 Angestellte, vorwiegend als Verkaufspersonal, davon 1.200 alleine in Wien. Das

**Anker-Brot: Ausgebacken?**

Verhältnis Frauen zu Männer beträgt dabei lt. GPA ca. 5:1, .ca. 30% der Angestellten sind teilzeitbeschäftigt. Dazu kommen dann noch ca. 1.300 ArbeiterInnen in der Produktion.

Frauen doppelt belastet

Ein guter Teil der Belegschaft besteht also aus Frauen, die üblicherweise der Doppelbelastung durch Haushalt und Beruf ausgesetzt sind und dadurch auch so oft gezwungen sind, in Teilzeit zu arbeiten. Nun versucht Ankerbrot durch Erhöhung des Drucks auf diese Bediensteten die Bilanzen in die Höhe zu treiben - denn nur so kann man die Sonntagsöffnung interpretieren. Ein bes-

serer Ansatz als Verkleinerung des Personalstands und anschließend erhöhte Belastung der restlichen Belegschaft ist die 30-Stunden-Woche und der 6-Stunden-Tag bei vollem Lohn. Die Überproduktionsprobleme können dadurch ausgeglichen werden, die Bediensteten werden entlastet und Kapazitäten zur Personalaufstockung und damit Arbeitslosigkeitsbekämpfung werden frei.

Petitionskarten an das Sozialministerium zur Durchsetzung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn werden von uns, der Sozialistischen Offensive Vorwärts gesammelt. Bestellung unter 01 / 524 63 10.

Dem Postfuchs wird die Gans gestohlen! Teil 2

Streik ist nötig!

Wie wir bereits in unserer letzten Ausgabe berichteten, sind im Postbereich massiv Arbeitsplätze gefährdet. Bis 2001 sollen mehr als 5.000 Arbeitsplätze abgebaut, Ab 1999 ein Gesamtschalter eingeführt werden. Briefauf- und Abgabe werden dann nicht mehr vom Geldverkehr getrennt sein und auch die Paketannahme wird an solchen Multischaltern möglich sein.

Romana Felix
SOV OG Wien-West

Ab 2000 wird die Vorsortierung der Briefe auf den Postämtern maschinell getätigt werden. Im Gegenzug folgt die Zusammenlegung von Zustellbezirken. Diese Maßnahmen bedeuten nicht nur Personalabbau, sondern auch beträchtliche Mehrarbeit für die verbleibenden KollegInnen. Das Vorruhestandsmodell ermöglicht KollegInnen ab 50 bzw. 55 Jahren mit 80% der Aktivbezüge in die Frühpension zu gehen. Der Haken daran: Dieser Sozialplan gilt nur bis Ende 1998. Da Brief und Schalterkonzept aber erst Mitte 1999 bzw. 2000 realisiert werden, ist zu dem Zeitpunkt wo wirklich mit beträchtlichen Stellenabbau zu rechnen sein wird, dieses Modell nicht mehr möglich.

Extreme Überstundenbelastung

Österreichweit wurden in den letzten Monaten so viele Überstunden geleistet, daß diese 2.500(!) Vollarbeitsplätze ermöglicht hätten! Vor allem im Bereich der gelben Post

und der Busdienste sind Wochenarbeitszeiten von 46 Stunden und mehr bereits der Normalfall. Gleichzeitig sollen 4.800 Bedienstete das Vorruhestandsmodell in Anspruch nehmen und der Vorstand rechnet mit 1500 weiteren, die den Belastungen nicht mehr standhalten und freiwillig kündigen werden.

Verhandlungen: Forderungen der Post-Gewerkschaft

Am Mittwoch, dem 1. Juni 1998, waren Verhandlungen zwischen Postgewerkschaft und Vorstand angesetzt, welche am Donnerstag fortgesetzt wurden. Die Gewerkschafter haben ein Forderungspapier ausgearbeitet und wie Vorsitzender Dörfler betonte, sind diese Forderungen ein letztes Ultimatum auf dessen Erfüllung die Gewerkschaft besteht. Gefordert werden vor allem: die tatsächliche Einhaltung des Vorruhestandsmodells, die Nachbesetzung von Arbeitsplätzen und damit verbunden die Kürzung von Überstunden, die Umwandlung der befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete, sowie 2.500 neue Arbeits-

**Fahrt in die Privatisierung**

plätze.

Wie weit die Verhandlungen bisher gediehen sind, konnten wir nicht erfahren, da die Gewerkschaft nicht bereit war, uns diesbezügliche Auskünfte zu erteilen, „um „die Verhandlungen nicht zu gefährden“. Laut einer Fernmeldebediensteten soll Ex-Staatssekretär Ditz bereits gedroht haben: „Wer demonstrieren geht kann sicher sein, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Vertragsbedienstete werden mit der Kündigung zu rechnen haben, Beamte mit einem Disziplinarverfahren!“. Man glaubt sich tatsächlich an

den Anfang unseres Jahrhunderts zurückversetzt, wo Großkapitalisten versuchten aufbegehrende ArbeiterInnen mit solchen Methoden in Schach zu halten.

Kampfmaßnahmen notwendig

Gelingt es der Gewerkschaft jetzt nicht, Stärke und Durchsetzungsvermögen zu beweisen, sind weitere Verschlechterungen vorprogrammiert. Doch bis jetzt hat die Gewerkschaftsführung immer nur Kampfmaßnahmen angekündigt und in letzter Minute abgesehen.



Kurz
notiert:

Neuerscheinung**GLB-Dokumentation über BÖHLER-Streik**

Bei diesem Streik in einem Verstaatlichten Stahlwerk beteiligten sich 1973 über 1.200 ArbeiterInnen. Er dauerte 17 Tage und wurde vom ÖGB nicht anerkannt (kein Streikgeld!). Streikgrund war eine Forderung nach Angleichung der Löhne von BÖHLER-YBBSTAL an BÖHLER-Kapfenberg. Obwohl die Mehrheit des gewählten Streikkomitees, SPÖ-Mitglieder und FSG Betriebsräte waren, versuchte man die Bewegung als „KPÖ-Intrige“ anzutun. Die sozialdemokratischen Manager drohten den Arbeitern mit der Abmeldung von der Sozialversicherung. Das Dokument besteht im wesentlichen aus den Flugblättern des Streikkomitees und denen der Gegenseite und ist unter 718 26 23 beim GLB erhältlich.

Superwahljahr 1999**SOV will sozialistische Kandidatur**

In einer Stellungnahme mahnt die SOV die Verantwortung aller linken Kräfte - vor allem auch der KPÖ - ein, bei den kommenden bundesweiten Wahlgängen eine breite sozialistische Kandidatur mit klarem sozialistischen Profil auf die Beine zu stellen, die versucht von links zu polarisieren und an lokale Bewegungen anzuschließen. Realistisch ist keine Kraft auf der Linken in der Lage, diese Aufgabenstellung flächendeckend zu erfüllen - „weshalb Zusammenarbeit Konzentration auf gewisse Bereiche“ notwendig sind. Für die SOV ist die Form ihrer Wahlteilnahme noch offen.

ImmigrantInnen**Passives Betriebsratswahlrecht**

Die Projektgruppe „Sesam öffne dich“ in der GPA setzt sich seit Jahren für das passive Wahlrecht für ImmigrantInnen bei Betriebsratswahlen ein.

Nun hat sie einen Leitfaden für aktive Gewerkschafter heraus gegeben. Betriebsräte, Personalvertreter teils ausländischer Herkunft teils noch Ausländer, berichten von ihren Erfahrungen. Die Broschüre zeigt außerdem Gesetzeslücken auf, die ausländische Kollegen nutzen können.

Wenn möglichst viele ImmigrantInnen Positionen im Betrieb anstreben, gelingt es schneller, die Diskriminierung von ImmigrantInnen durch die Betriebsratswahlordnung zu beenden. So die Hoffnung von „Sesam öffne dich“. Zum Schluß kommen noch einige Gewerkschafter zu Wort, die das Recht Betriebsrat zu werden für ImmigrantInnen einfordert. Bleibt zu hoffen das diese Stimmen nicht bis zu den Gewerkschaftstagen verstummt sind.

Woher kommt die Korruption

Korrupte Politik...

Begehst Du einen bewaffneten Überfall auf eine Bank bekommst Du fünfzehn Jahre. Raubst Du hunderttausende oder gar Millionen Schillinge von einer staatlichen Institution wirst Du - wenn Du zur richtigen Zeit am richtigen Ort bist - eines bekommen: eine stattliche Pension. Ein Märchen? Keinesfalls - Die kapitalistische Realität.

Katja Arthofer
SOV OG Wien-Mitte

Sucht man aktuelle Umfragen und Statistiken zum Thema Korruption und Bestechung, so wird diese Suche nicht von Erfolg gekrönt sein. Kein Wunder: Politiker haben wohl kaum Interesse daran, einen Spiegel vorgelegt zu bekommen und die ach so

lem in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern - in Auftrag gegeben. Darin wird eindrucksvoll die Welt der „freien“ Marktwirtschaft beschrieben.

Neben dieser eindeutigen Art der Korruption gibt es viele weitere Möglichkeiten, den „freien Wettbewerb“ zu den eigenen Gunsten zu manipulieren: Die Kartellbehörden

Korruptionsskandale enthüllen die wahre Natur des „freien Marktes“

unabhängige Medienwelt gehört mit zu den Wirtschaftsbereichen mit den meisten „unredlichen“ Verquickungen. Die einzig existente Schätzung (herausgegeben von der OECD) besagt, daß die durch Korruption entstandenen Schäden dreistellige Milliardenbeträge in US-\$ erreichen dürfte.

Spielarten

Die ursprünglichste Art der Kor-

ruption ist die der Bestechung: Ein - oftmals von staatlicher Seite verbogener - Auftrag wird vom Verantwortlichen an den „Meistbieter“ erteilt, auch wenn das Angebot nach den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit gar nicht das lukrativste ist. „Über den Daumen gepeilt kann man

in vielen Ländern bekommen immer mehr Arbeit und illegale Preisabsprachen stehen auf der kapitalistischen Tagesordnung. Und die Fälle, die, wie jetzt im Zusammenhang mit dem österreichischen Bauskandal, bekannt werden, sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Aber auch an sich legale Mittel, wie Subventionen und Spenden an Parteien, verfolgen ein oft eindeutiges Ziel - Die Grenze zwischen legaler und illegaler Intervention ist - auch dank verschwom-



Money makes the world go round!

mener Gesetzeslage - alles andere als eindeutig.

mener Gesetzeslage - alles andere als eindeutig.

Korruption - Grundlagen

Man könnte ja meinen, daß private Unternehmen auf der Grundlage von Gesetzen, Investitionen und harter

„Über den Daumen gepeilt kann man sich für öS 120.000,- der Hilfe eines höheren Beamten sicher sein“

sich für 120.000,- Schilling der Hilfe eines höheren Beamten der zweiten Führungsebene sicher sein; um 1,2 Mio. der eines Staatssekretärs. Um 12 Mio. Schilling wird man von einem Minister unterstützt und für 120 Mio. kann man sich der ernsthaften Aufmerksamkeit eines Staatsoberhauptes sicher sein...“.

Arbeit wachsen, aber genauso gut kann man an den Osterhasen glauben. Will man im Kapitalismus wirklich erfolgreich sein, so muß man sich anderer Mittel bedienen. Die allgegenwärtigen Korruptionsskandale enthüllen die wahre Natur des „freien Marktes“: Selbst in Perioden des wirtschaftlichen Aufschwungs, aber vor allem in Zeiten der Rezession existiert immer eine Art Schattenwirtschaft, in der Konkurrenten, durch Bestechung, Preisabsprachen etc. ausgestochen werden sollen. Wo die „Gesetze des Marktes“ nicht

mehr ausreichen, bedient man sich der Korruption genauso wie z.B. der Protektion, um „seinem“ Unternehmen oder „seiner“ Volkswirtschaft zum Sieg zu verhelfen. Das höchste Stadium dieser Form, des „Schutzes“ von Einflußzonen, Rohstoffen und Absatzmärkten sind letztlich Kriege.

Ist „der Mensch“ böse?

Nicht das oftgenannte „Böse im Menschen“ ist schuld an Korruption. In einem System, in dem „survival of the fittest“ (der Stärkste überlebt) die wichtigste Maxime ist, werden alle Mittel angewandt, die eigenen Interessen durchzusetzen. Wenn Politik letztlich „konzentrierte Ökonomie“ ist (W.I. Lenin), dann verwundert es auch nicht, wenn die politische Elite diese wirtschaftlichen Abläufe widerspiegelt. Politiker, die als Sachverwalter kapitalistischer Interessen dienen, sollen offensichtlich auch wie Kapitalisten leben: Während sie Recht und Ordnung, Moral und die Tugenden des Marktes predigen, sind sie fleißig darum bemüht, an die eigene Tasche zu denken und ihr Saläre aufzubessern. Spitzgehälter, Privilegien,... - also der Zugang zu den sprichwörtlichen „Futtertrögen“ - waren z.B ganz entscheidende Punkte, um die Führer der Sozialdemokratie in bürgerliche Politiker zu „verwandeln“.

Verflechtungen von Politik und Wirtschaft

Die Grundlage auf der in Österreich - wie auf der ganzen Welt - Korruption gedeiht, sind die zahlreichen Verflechtungen von Politik und Wirtschaft. Subventionsmilliarden fließen - letztlich völlig unkontrollierbar - Jahr für Jahr in die Privatwirtschaft. In der ehemaligen Verstaatlichten und den Banken erfolgen Posten- und Auftragsvergabe nach Willkür und Vereinbarung der Koalitionsparteien. Der Selbstmord Gerhard Praschaks z.B. zeigte die Spitze dieses Eisbergs auf. Oder der Verkauf von Steyr-Daimler-Puch an Stronachs Magna, der unter heftigem Mäuscheln von Alt-Bundeskanzler Vranitzky und Bank Austria-Generaldirektor Randa über die Bühne ging.

Bürgerliche Korruptionsbekämpfung

Ende 1997 verabschiedete die OECD eine Konvention zur Bekämpfung der weltweiten Korruption, die Ende 1998 in Kraft treten soll. Warum auf einmal? Ein Grund dafür ist sicherlich der Druck, der von den USA ausgeht. Die USA ist nämlich der einzige Staat, der im Zuge der Watergate- und der Lockheed-Skandale - durch öffentlichen Druck mußte Präsident Nixon zurücktreten - Bestechung im Ausland unter Strafe gestellt hat. Der USA entgingen so z.B. 1994 Auftragsaufträge im Wert von 36 Mrd. US-\$! In den anderen Ländern ist

diese Form der Korruption nicht nur toleriert: Oft kann man Bestechungsgelder steuerlich als „nützliche Ausgaben“ (!) abschreiben, wenn man

ne Partei verbessern kann. Es werden Symptome bekämpft, nicht die Ursachen.



SPÖ-Antwort auf Rosenstingl: Originell, aber bekämpft Ursachen nicht

dadurch den Zuschlag für Auslandsaufträge erhält!

Unser Programm

Einen weiteren Grund bringt der Havard Professor Rodrick auf den Punkt: „Das plötzliche Interesse an der Bestechung in der Dritten Welt kommt daher, daß wir nunmehr glauben, 'ihre' Korruption schade 'uns'“.

Wir wollen eine sozialistische Gesellschaft erkämpfen. Das bedeutet ein solidarisches Umgehen in der ArbeiterInnenbewegung und nicht den geringsten Platz für irgendwelche Privilegien. Funktionäre dürfen nicht

Oft kann man Bestechungsgelder steuerlich als „nützliche Ausgaben“ (!) abschreiben.

Diese Feststellung zeigt allerdings auch deutlich die Grenzen bürgerlicher Korruptionsbekämpfung. Eingeschränkt soll nur jene Korruption werden, die wider den Interessen der „eigenen“ Wirtschaft und ihrer Unternehmer läuft.

mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn, müssen alle Einkünfte offenlegen und ständig wähl- und abwählbar sein. Innerorganisatorische Demokratie und Transparenz ist eine unumstößliche Voraussetzung für eine Partei oder Gewerkschaft, die wirklich die Interessen der ArbeiterInnen vertreten will. Umgekehrt sind die Existenz einer privilegierten Bürokratie und undemokratischer Strukturen unerlässlich für eine Partei oder Organisation, die letztlich bürgerlichen Interessen dient. Unser Programm muß bei jenen, die „geschmiert“ werden, genauso wie bei jenen die „schmier“ sind. Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Enteignung der Besitzer von großen Vermögen, die demokratische, öffentliche Kontrolle über die vorhandenen Ressourcen würde den Spielraum für Korruption entscheidend einengen. Eine Gesellschaft die solchermaßen die soziale Abgehobenheit einiger weniger prinzipiell nicht toleriert.



Gerhard Praschak

Auch die selbsternannten „Anti-Korruptions-Helden“ der FPÖ à la Pretterebner überschreiten diese Grenze nicht. Aufgedeckt wird da, wo man den Koalitionsparteien schaden und die Stimmung für die eige-

...geschmiente Politiker

Skandale sind seit langem ein nicht mehr wegzudenkendes Element österreichischer Innenpolitik. Und die Liste der Beteiligten liest sich wie das „Who-is-Who“ der österreichischen Politiker.

Sonja Grusch
SOV OG Wien-Nord

Bei den meisten bekanntgewordenen Skandalen läßt sich eine enge Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik feststellen. Wobei oft nicht klar Abzugrenzen ist, wo Parteienfinanzierung und Politikerprivilegien aufhören und wo Bestechung und Schmiergelder anfangen.

Gründung der Kronen-Zeitung

Einer der größten Skandale der Zweiten Republik ist der „Kronen-Zeitungs-Skandal“: Franz Olah, damals ÖGB-Präsident und SPÖ-Nationalratsabgeordneter, überließ Kurt Falk, dem zweiten Mann bei der Kronen Zeitung, ein Sparbuch als Sicherung für einen Millionen-Kredit. Dieses Sparbuch mit der Nummer

Olah hatte der FPÖ eine Subvention in der Höhe von einer Million Schilling zukommen lassen.

586622 lautete auf „Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, S-Fonds, und wies einen Einlagenstand in der Höhe von ca. 3,2 Millionen Schilling auf.

Obwohl es Olah hier wohl weniger um persönliche, finanzielle Berei-

der wahrscheinlich österreichische Gladio-Ableger (eine paramilitärische, geheime Abwehrtruppe zur Verhinderung vermeintlicher kommunistischer Putschversuche die nach dem zweiten Weltkrieg in ganz Europa unter Mithilfe des CIA errichtet wurde) wurde von ihm aufgebaut. Olah hatte außerdem, ebenfalls aus Gewerkschaftsgeldern, der FPÖ eine Subvention in der Höhe von einer Million Schilling zukommen lassen. Ein Schritt, der die Rechte in Österreich stärkte und letztlich auch zur kleinen Koalition führte. Auch wenn Olah aus der SPÖ ausgeschlossen, seiner Ämter enthoben und verurteilt wurde, so war er maßgeblich an der Gründung der größten österreichischen (Boulevard-)Zeitung beteiligt, die heute für ihre arbeitnehmerfeindliche und oft rassistische Schreibweise bekannt ist. SPÖ und

ÖGB, anstatt seine arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen offenzulegen, und den eigenen Mitgliedern den Ausschluß zu erklären, mußte Olah wegen der „Mitarbeit an nichtsozialistischen Presseerzeugnissen“ (er hatte der Presse ein Inter-

„...Wenn Haider „die tüchtigen Unternehmer, Steuerberater und Wirtschaftstreuhänder in der FPÖ lobte. Sind damit die geschäftigen Politiker Rosenstingl, Schreiner und Mentil gemeint? Oder als Haider im Brustton der Überzeugung propagierte, daß „die Freiheitlichen die größten Bauprojekte korruptionsfrei und problemlos managen können“. Ist das auf die sieche FP-Wohnbaugesellschaft „Freies Wohnen gmünzt? In der „gläsernen Partei gibt es keine Möglichkeit für Außenstehende, Einblick in die Finanzgebarung zu nehmen. Das ist einem von der Bundes-FPÖ bezimmten „Kontrollkreis“ vorbehalten. Einmal im Jahr wird ein Finanzbericht veröffentlicht (Anm.: für Parteien ohnehin gesetzlich vorgeschrieben). Kurier, 5.7.98 über die FPÖ-Parteireform

cherung ging, so betrieb er dieses „Ausborgen“ von Gewerkschaftsgeldern doch mit dem Zweck, sich einen persönlichen, medialen Bündnispartner zu schaffen. Olah, der innerhalb der SPÖ stets am rechten Flügel gestanden hat, verfolgte damit politische Ziele. Sein Antikommunismus war wohl sprichwörtlich,

view gegeben) zurücktreten. Logischerweise stieß das Vorgehen von SPÖ und ÖGB gegen den vermeintlichen „Arbeiterführer“, dessen Rolle bei der Niederschlagung des Oktoberstreiks von 1950 immer noch von eben diesen gelobt wird, bei Teilen der Mitgliedschaft auf Unverständnis.

AKH-Skandal

Der AKH-Skandal war der (bisher) größte der Zweiten Republik. Der Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, der bereits seit den 50er Jahren geplant war, zog sich über fast vier Jahrzehnte, die Kosten

Ziel der führenden sozialdemokratischen Politiker war und ist nicht mehr, ArbeiterInnenvertretung zu sein, sondern sich selbst zu bevorteilen.

explodierten (von ursprünglich 1 Milliarde auf über 40 Milliarden). Bei der Vergabe der Bauaufträge kam es zu offensichtlichen Schmiergeldzahlungen, im Zusammenhang mit dem Skandal wurden so prominente Personen wie der Präsident der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Fritz Mayer, vor Gericht gestellt, auch der Ex-Rennfahrer und jetzige Gewerkschaftsgegner Niki Lauda geriet unter Verdacht.

Korrumpierte Sozialdemokratie

Kreiskys Kronprinz, der Vizekanzler und stellvertretender Parteivorsitzende der SPÖ, Hannes Androsch, mußte wegen der Verquickung privater Nebenverdienste und staatlicher Ämter gehen: Er hatte als Finanzminister eine Steuerberatungskanzlei. Jetzt nutzt er seine politischen Verbindungen höchst erfolgreich als Großunternehmer ... Bei den Skandalen der letzten Jahrzehnte (z.B. auch Lucona und Noricum) steht in erster Linie die SPÖ im Rampenlicht. Der Grund dafür ist die vollkommene Eingliederung ihrer Führung in den bürgerlichen Staatsapparat und Verinnerlichung von dessen Interessen. Ziel der führenden sozialdemokratischen Politiker war und ist nicht mehr, ArbeiterInnenvertretung zu sein, sondern sich selbst zu bevorteilen. Vor allem mit dem Ausverkauf der Verstaatlichten und dem damit einhergehenden Einflußverlust begann ein regelrechter Wettkampf um die besten Posten. Ehemalige „Sekretäre“ sind in Führungspositionen an allen wichtigen wirtschaftlichen Machtzentren zu finden oder selbst Großunternehmer geworden... Diese „Sekt-Sozialisten“ schaden mit ihrer Politik der ArbeiterInnenbewegung, sind selbst

korrupt bzw. öffnen durch ihr Vorgehen jeder Korruption Tür und Tor.

ÖVP-Skandale

Doch, wo sie können, stehen die anderen Parteien aber um nichts nach. In den 40er bis 60er Jahren, als

Generaldirektor der NÖ-NEWAG (Landeselektrizitätsgesellschaft) sowie Landeshauptmann-Stellvertreter und Obmann des ÖAAB-NÖ ca. 40 Millionen von der NEWAG für ÖVP bzw. ÖAAB ab. In jüngerer Zeit waren ÖVP-Spitzen beteiligt, wie beim WEB-Skandal in Salzburg und beim WBO-Skandal im Burgenland (beides Wohnbauförderungsskandale), bei dem (kleine) Anleger um ihr Geld betrogen wurden. 1995 kam es im Zusammenhang mit dem Ehemann der ÖVP-Umweltministerin Maria Rauch-Kallat, Mesndorff-Pouilly, und Waffenkäufen des Bundesheeres zu zahlreichen Ungereim-



Androsch: 'Fiel' durch seine Verbindungen immer auf die Butterseite

ser Partei verflochten. Peter Kraulander, 1945-49 Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirt-

heiten. Aber auch die vermeintliche Sauberpartei FPÖ hat ihre Skandale. Be-

In den 40er bis 60er Jahren, als die ÖVP an bzw. in der Regierung war, waren die Skandale eng mit dieser Partei verflochten.

schaftsplanung und damit zuständig für die öffentliche Verwaltung der Betrieb des ehemaligen deutschen Eigentums sowie der ERP-Mittel (Marshal-Plan) sorgte dafür, daß Gelder aus der Verpachtung solcher Betriebe u.a. in die Parteikassen der ÖVP flossen. Johann Haselgruber bedankte sich Ende der 50er Jahre bei der ÖVP für einen erhaltenen Kredit mit einem „Darlehen“ (de facto eine Parteispende) von 22,5 Millionen Schilling an die Wiener ÖVP. 1966 zweigte Viktor Müllner,

reits vor Rosenstingl waren bekannte FPÖ'ler nicht nur in Polit-Skandale (Verbindungen zu Nazis) sondern auch in Finanz-Skandale verwickelt. Walter Meischberger wurde 1997 wegen Anstiftung zur Steuerhinterziehung verurteilt, Tassilo Broesigke, Präsident des Rechnungshofes und langjähriges FPÖ-Vorstandsmitglied, verschwie, daß Beamte seines Ressorts mit Freiflugscheinen der Flughafenbetriebsgesellschaft quer durch die USA und in den Fernen Osten gejettet waren.

Wie es anfangen kann ...

Spesen und Co.

... ein erster Schritt in Richtung Korruption ist gerade im Bereich von Arbeiterkammer und Gewerkschaft leicht gemacht. Schon im kleinen wird deutlich, wie man es sich richten kann.

Stefan Termann
SOV OG Wien-West

Ein Beispiel: Michael Gehmacher, SOV - Gewerkschafts-

cher und Mitglied der Ortsgruppenleitung der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA)-Neubau, bekommt für jede Leitungssitzung öS 120,- und für jede Finanzkon-

troll-Sitzung öS 90,-. Häuft nun eine Person Funktion um Funktion an, so kann durch solche und andere Spesenersatzbeträge, einiges zusammenkommen.

Die SOV meint

Für die SOV ist Gewerkschafts-

arbeit, die man in der Freizeit ausübt, ehrenamtlich. Daher treten wir dafür ein, daß Spesen nur dort zurückerstattet werden, wo auch tatsächlich Kosten entstanden sind.

...Im Moment gibt es keinerlei Möglichkeit, auf die anfangs geschilderten Beträge zu verzichten

(!!!), was schon für sich selbst spricht. Deshalb spenden SOV-Mitglieder diese Gelder für internationale Solidaritätsaktionen, wie zum Beispiel für die Unterstützung der Wharfies (streikende, australische Hafentarbeiter), oder die Arbeit der SOV.

Gentechnik

Gentechnik

Die Gentechnik läßt Österreich erzittern - was der Bauer nicht kennt, ißt er nicht. Wie so oft in der Geschichte tun sich Rechtskonservative hervor, um „unser“ Österreich vor jeglicher Neuerung zu schützen. Alle wollen sie auch noch in der Zukunft in ihr „genfreies“ Schnitzselmmerl genüßlich beißen können.Und wir?

Thomas Radlberger
SOV Wien-Süd

Die Gefahren der Gentechnik

Auch der Chauvinismus kommt nicht zu kurz - Österreich muß GENFREI bleiben! Selbst die Koranen Zeitung kann das unterstützen. Doch hat diesen Leuten schon mal jemand gesagt, daß Gene essentielle Bestandteile jedes Lebewesens – ja jeder Zelle sind?

Was ist Gentechnik eigentlich ?

Der Mensch betreibt Gentechnik wohl seit seiner Menschwerdung. Er war wohl das erste Lebewesen, das gezielt Pflanzen und Tiere züchtete und sie somit der natürlichen Selektion ausschloß. Das Ergebnis läßt sich zeigen: das Hausschwein – so dick und fett, daß es sich kaum bewegen kann; das Suppenhuhn – eine eßbare Legebatterie; der deutsche Schäferhund – ein degenerierter Wolf, der schon als zweijähriger wegen seinem kaputten Becken nur mehr winselnd auf allen Vieren kriechen kann.

„Modernen“ Gentechnik

Doch jetzt zu der „modern“ Gentechnik: Auch hier geht es darum, „günstige“ Merkmale von verschiedenen Lebewesen zu kombinieren und vereinigen. Transgene Pflanzen sind solche, denen Gene aus anderen Organismen eingepfropft wurden. Dafür gibt es bereits die unterschiedlichsten Methoden. Diese Gene geben der Pflanze bestimmte Resistenzen gegen Spritzmittel, die Schädlinge, aber auch andere Organismen, nicht haben. Beim Einsatz solcher Spritzmittel kann die transgene Pflanze überleben, während andere zugrunde gehen. Das ist nur ein Beispiel in der breiten Palette der Gentechnologie.

Die Gefahr besteht wohl darin zu glauben, daß durch eine neue Technik gesellschaftliche Probleme des Kapitalismus gelöst werden können. Hunger ist aber bekanntlich ein Verteilungsproblem und kein biologisches. Solange Profitdenken und Anarchie in der Wirtschaft die Oberhand haben, wird es zu keiner Lösung der anstehenden Probleme, wie Hunger und Elend kommen können.

Die Hauptgefahr der Gentechnik



Genmais

ist sicher die Machtkontrolle der multinationalen Agrarkonzerne. Patentrezepte für eine möglichst effektive Landwirtschaft werden angeboten. Verkauft werden Kombiangebote, welche den transgenen Samen und das dazugehörige Dünger- und Schädlingsbekämpfungsmittel beinhalten. Die Abhängigkeit des Bauern von einem Konzern steigt dadurch immens.

Vor allem in den exkolonialen Ländern wird die Leichtgläubigkeit an einen höheren Profit von Promotionprofis der Agrarmultis beinhaltet ausgenutzt. Eine Parallele zu

"Kunstdünger" oder DDT der Nachkriegszeit tut sich hier auf.

Die Chancen

Die Gentechnik birgt viele Chancen, aber auch Risiken. Sinnvoll war, aus einfachen Gräsern Weizen mit großen Ähren zu züchten. Idiotisch war, einen Schäferhund mit zu schmalen Becken zu züchten. Die Gentechnik der Zukunft, bei der sich Züchtung in einem viel rasanterem Tempo abspielt, muß sich solchen Fragen stellen.

Sinnvoll ist, Insulin mit Hilfe von Biotechnologie billig herzustellen. Idiotisch ist, transgenen Mais in riesigen Monokulturen anzubauen, dabei Gefahr zu laufen andere Lebewesen zu gefährden und ihn dann Schweinen zu verfüttern, von denen es in Europa eh schon zu viele gibt. Meiner Meinung nach ist der kommerzielle Anbau transgener (gentechnisch veränderter) Pflanzen bei dem derzeitigen Wissensstand überhaupt fraglich.

Unsere Aufgabe

Eines ist aber sicher: Die Gentechnik wird mit oder ohne uns angewendet werden, egal ob in der Landwirtschaft, Medizin oder sonstwo. Gerade dieser Punkt zwingt uns SozialistInnen dazu, Stellung zu beziehen und bei Diskussionen an vorderster Front zu stehen. Entscheidend ist aber sicherlich, wer die Kontrolle inne hat. Ein Kapitalist (der nur auf Profite) aus ist, wird wohl kaum auf Umweltschutz oder Artenvielfalt achten.

Zuerst muß ein Anbau von transgener Pflanzen nur des Profits wegen, ohne Nutzen der Bevölkerung verhindert werden. Eine demokratische Kontrolle mit Rechenschaftspflicht wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch für ein Wirtschaften ohne Profitdenken und mit Kontrolle der Bevölkerung über die Produkte bedarf es einer neuen, gerechten Gesellschaft, die es erst zu schaffen gilt.

Medien



Falter

Oh Falter, Du sozialdemokratische Stadtzeitung (Zitat Faltermitarbeiter Hermes Ph.)! In letzter Zeit läßt Du Dich ja ganz schön gehörig gehen im elitären Drüber-schweben (Darüberstehen ist eine Verniedlichung) über den Dingen.

David Mum
OG Wien-Süd

nen auch noch der Stalinismus zur Last gelegt.

Nicht ein entstellter Marxismus wurde von den Stalinisten als Herrschaftsideologie instrumentalisiert, sondern, so erfahren wir, die "Analysen (!) der beiden Visionäre (waren) unverzichtbarer Bestandteil eines der repressivsten Systeme der Weltgeschichte."

Ähnlich originell geht's dann weiter, Nicht die revolutionäre Situation nach dem 1. Weltkrieg ließ für die ArbeiterInnen politische Rechte Wirklichkeit werden, für die die Arbeiterbewegung jahrzehntelang kämpfte. Sondern, "wechselnde Koalitionen der Vernunft, von fortschrittlichen Aristokraten, karitativen Kirchenleuten, gemäßigten Arbeiterführern und realitätstüchtigen Industriellen." Schade, daß die Vernunft anscheinend nicht oft Konjunktur hat und meist gehörigen Druck von der Straße bedarf, bevor die Koalitionen eingeht. Originell ist hier nur, welch Blödsinn heutzutage abgedruckt wird, wenn es darum geht "geschlossene Weltbilder" ins Wanken bringen zu wollen.

Doch damit nicht genug. Auch gegen das Frauenkulturprojekt Link* wurde geschrieben, daß das ehemalige Rondellkino besetzte. Wären da nicht Artikel gegen Polizei und gegen die Ausländerpolitik, Phettbergs Predigtendienst ... der Falter wäre überflüssig. Die Wien-Programm-Beilage der Krone ist nämlich gar nicht so schlecht...

Die FalterautorInnen, die das Stadtprogramm mit diversen Artikeln ergänzen sind ja normalerweise harmlos - wenn nicht gerade Günther Nennung zum Zug kommt. Meist geht es ja um keine großartigen Themen, sondern um die Wiener Stadtpolitik bzw. Kulturelles. Da geht nicht allzuviel schief. Doch die politischen Kommentare lassen die abgeklärten SchreiberInnen, dann doch immer wieder auch zu seltsamen, (ungeschickt) an den mainstream angepaßten Schlußfolgerungen kommen.

So konnten im November 1996 beim Kommers der rechtsextremen Burschenschaften im Artikel zum selbigen Thema vor allem Gemeinsamkeiten zwischen den Schmißbrüdern und den GegendemonstrantInnen erkannt werden. Die messerscharfe Beweisführung: In beiden Lagern gibt es BierkonsumentInnen. Beide sind engstirnige Extremisten. Alles klar - nicht nur die Rechtsextremen, sondern auch die Linken vertreten eine menschenverachtende Ideologie.

In Ausgabe 24/98 werden aus den Internationalisten Marx und Engels in einem Artikel von Albert C. Sellner de facto systematische Rassisten bzw. Deutschnationalisten herbeigeschrieben. Und in einer nicht näher begründeten These wird Ih-

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Wie Ihnen vielleicht aufgefallen ist, haben wir mit dieser Ausgabe einige Veränderungen durchgeführt. Neben einer stärkeren Präsentation verschiedener Aktivitäten und Stellungnahmen zu aktuellen Fragen, haben wir die Rubrik "Themen" auf dieser Seite neu eingeführt. Wir wollen - durchaus kontroversielle - Diskussionen und Meinungen in der SOV und der Linken veröffentlichen und laden sie herzlich ein, sich per Brief/Fax/E-Mail daran zu beteiligen. Schönen Sommer wünscht die Vorwärts-Redaktion.

SOV - Treffpunkte und Termine

- 8. Juli** NATIONALISMUS UND KLASSENKAMPF
Die Nationale Frage am Beispiel des Kosovo
- 15. Juli** DIE PARTEIEN WOLLEN UNS AUSNEHMEN!
Die Steuerkonzepte der Parteien
- 22. Juli** NATO - SICHERHEIT ODER GEFAHR
mit einem Vertreter des BMf Landesverteidigung
- 29. Juli** SOZIALISMUS FÄLLT NICHT VOM HIMMEL
Beispiele aus unserer internationalen Arbeit
- 5. August** DIE POLIZEI, DEIN „FREUND UND HELFER“?
mit Josef Kammerhuber (Grüner Polizist)
- 12. August** „INTEGRATIONSPOLITIK“ DER STADT WIEN
mit einem Vertreter der Stadt Wien
- 19. August** NEUTRALITÄT - RETTUNG DES MYTHOS?
Ein Streitgespräch mit Walter Baier, KPÖ
- 26. August** ARBEIT SCHAFFEN MIT DER MC-JOB-LEHRE
mit einem Vertreter der Bundeswirtschaftskammer

ORTSGRUPPE WIEN SÜD:
(nur Juli)
jeden Dienstag 20 Uhr
„TU-Club“,
4; Paniglgasse

FRAUENSTAMMTISCH
jeden 2. und 4. Montag im
Monat, „Zentrum Erdberg“;
19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4

GEWERKSCHAFTS-STAMMTISCH:
Termine nach Rückfrage
„Zentrum Erdberg“;
3; Lechnerstr.2-4

OBERÖSTERREICH - WELS
jeden Samstag 14 Uhr
„Hotel Kijew“ Stelzhamerstraße

SOV - SOMMERSCHULUNG
31.7. bis 6.8.1998
in der Slowakei
(mit Bademöglichkeit)
Themenauswahl:
Sozialismus und Kultur, Geschichte der Internationalen, Chile- der Putsch vor 25 Jahren, CSSR 1968, Marxismus und Wahlen, Ist die Zeit reif für Sozialismus,...

Anmeldung unter (01) 524 63 10

Alle Termine jeweils Mittwoch, 19.00 im Amerlinghaus
Wien 7, Stiftgasse 8 (erreichbar mit U3, Linie 49)



Neues
aus dem
CWI

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) - Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Australien

Schulstreik gegen Rassisten

Die rassistische, rechtspopulistische Partei One Nation konnte bei den Wahlen Anfang Juni in Queensland, Australien, einen Erdrutschsieg und 23 % der Stimmen verbuchen. Letztes Jahr ging die Unterstützung für Pauline Hansons Partei stark zurück, nachdem sie auf einer Tour durch Sydney, Newcastle, Melbourne und Geelong mit massiven Protesten konfrontiert war. Aber wegen der wirtschaftlichen Probleme im Gefolge der südostasiatischen Krise konnte sie nun wieder zulegen. Der Wahlsieg im Juni wurde von Melbourns SchülerInnen am 25. Juni mit einem Schulstreik und einer Demonstration beantwortet. Mehr als 1000 Jugendliche folgten dem Aufruf von Students Against Racism und Militant, der australischen Sektion des CWI.

Nord-Irland

Gutes Ergebnis für Sozialistische Partei

Bei den am 25. Juni abgehaltenen Wahlen kandidierte in Nord-Irland in drei Wahlkreisen auch die Sozialistische Partei, die Schwesterpartei der SOV, „um zu zeigen, daß es eine Alternative gibt“. Da die sozialen Probleme keineswegs gelöst sind und die Wahlsieger in Zukunft an ihrer konkreten Politik und nicht nur an ihrer Position zur Nord-Irland-Frage gemessen werden, wird eine solche linke Alternative immer notwendiger. Die Sozialistische Partei konnte nicht nur ihre Bekanntheit steigern und ihr Programm verbreiten (v.a. den Aufruf für eine „Charter of Workers' Rights“), sondern erzielte mit ihrem Erfolg in West Tyrone auch das beste Ergebnis für einen linken Kandidaten bei den gesamten Wahlen.

Deutschland

SAV kandidiert

Die Sozialistische Alternative SAV, die deutsche Sektion des CWI, wird bei den Bundestagswahlen im September '98 erstmals antreten. In Köln, Stuttgart, Aachen, Siegen und Freiburg kandidiert die SAV für ein Direktmandat. Mit der Zweitstimme und in den ostdeutschen Wahlkreisen auch mit der Erststimme, empfiehlt die SAV, für die PDS zu stimmen, um Kohl abzuwählen. Die SAV steht gegen das Europa der Banken und Konzerne, gegen Neonazis, Rassismus und für den gemeinsamen Kampf von in- und ausländischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen sowie für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei.

Japan

Der Niedergang eines Modelles

Der US-Kapitalismus wähnt(e) sich in neuen Sphären der Glückseligkeit. Die Zeit der Ab- und Aufschwünge sei jetzt vorüber, uningeschränktes, immerwährendes Wachstum stehe ins Haus. So die abstruse Prognose amerikanischer Wirtschaftstreiber. Doch wie es um die Weltwirtschaft tatsächlich bestellt ist, zeigt ein Blick auf die andere Seite des Pazifik, wo sich mit Japan die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt in ihrer bisher tiefsten Krise befindet.

Ken Horvath
SOV OG Wien-Mitte

Die Krise in Südostasien hat einen neuen Höhepunkt erreicht, der selbst bürgerliche Wirtschaftstheoretiker zum Revidieren ihrer Standpunkte bezüglich der Auswirkungen besagter Krise bewegte. Immer häufiger hört man Prognosen, die von einem Szenario à la 1929 sprechen.

Sony-Chef Norio Ogha warnte am 2. April nicht nur davor, daß die japanische Wirtschaft sich am Rande eines Zusammenbruches bewege, sondern verglich auch Premierminister Hashimoto mit Hoover, dem US-Präsidenten Ende der Zwanziger. Zum ersten Mal seit 23 Jahren schrumpft die japanische Wirtschaft, die Börse hat innerhalb von zwei Jahren ein Drittel ihres Wertes verloren, der Yen gegenüber dem Dollar satte 40 %. Eine Milliarden-Hilfe der US-Notenbank vermochte den Yen kurzfristig von diesem Tiefstand zu lösen. 500 Milliarden Dollar fauler (=uneintreibbarer) Kredite sorgen für weitere Probleme, wie die Tatsa-

che, daß die Staatsverschuldung so groß ist wie die Wirtschaftsleistung.

Die Arbeitslosigkeit liegt bei offiziellen 4,1 % - allerdings fällt jeder, der auch nur eine Stunde die Woche arbeitet, aus der Statistik. In einem Land, in dem bis dato Vollbeschäftigung als eine Art Naturgesetz gesehen wurde und in dem soziale Vorkehrungen und Einrichtungen so gut wie nicht vorhanden sind, bedeuten solche Zahlen natürlich katastrophale Zustände für die Bevölkerung.

Ratlos stehen japanische Politiker vor dem Problem. Tatsache ist, daß es sich hier nicht lediglich um eine schwächere Phase in der Wirtschaftsentwicklung, sondern um ernsthafte strukturelle Probleme handelt. Eben jene Faktoren, die es Japan einst erlaubt hatten, zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht zu werden, kehren sich jetzt in ihr Gegenteil, bremsen jetzt nicht nur das Wachstum, sondern sorgen sogar für eine Rezession. Die großen Banken, die die Ersparnisse der ArbeiterInnenklasse in Großkonzerne gesteckt haben, sehen sich jetzt mit einem

Schuldenberg enormer Ausmaße konfrontiert. Amerikanische Wirtschaftsberichte bezweifeln mittlerweile die Kreditwürdigkeit vieler japanischer Banken.

US-Präsident Clinton forderte die japanische Regierung auf, öffentliche Gelder zu investieren. Doch solche Konjunkturbelebungsversuche haben bereits stattgefunden. Zusätzlich wird versucht, die japanische Bevölkerung dazu zu bewegen, ihr über Jahre erspartes Geld auszugeben; z.B. wurden die Zinsen auf Sparguthaben auf einen Wert nahe Null reduziert. Doch in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und in Anbetracht der minimalen sozialen Sicherheiten trachtet der Großteil der Bevölkerung natürlich nach wie vor danach, sich bestmöglich selbst abzusichern.

Auf den Punkt gebracht: die inneren Widersprüchlichkeiten haben den japanischen Kapitalismus in eine so gut wie ausweglose Situation befördert, und die Weltwirtschaft hat einmal mehr mit einer brisanten Krise zu kämpfen. Anstatt Ländern wie Malaysia oder Thailand aus der Krise zu helfen, anstatt als Lokomotive für Südostasien zu dienen, verschärfen die japanischen Probleme die Krise um ein Vielfaches. Den wirtschaftlichen Problemen folgen soziale, deren Auswirkungen Japan erschüttern können.



Wirtschafts-Harakiri

Klar ist, daß die Probleme keineswegs auf den asiatischen Raum beschränkt sind. So hat nun auch die US-amerikanische Wirtschaft mit ernsthaften Problemen zu rechnen, vor allem angesichts der Tatsache, daß japanische Anleger rund 300 Milliarden Dollar an amerikanischen Schuldverschreibungen halten. Sobald der Dollar fällt, ist mit einer Abstoßung zumindest eines Teils dieser Schuldverschreibungen zu rechnen, womit auch die Staaten Teil des Problems wären. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch in Japan, wie er sich abzeichnet, könnte die Weltwirtschaft schon bald in eine ernsthafte Krise führen.

Aus einem Statement des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale

Die Zukunft des Kosovo?

Zusammenstöße und die steigende Zahl von Toten im Kosovo lassen einen neuerlichen Krieg am Balkan befürchten. Die albanische Bevölkerung war und ist einer brutalen Repression durch die serbische Regierung und Miliz ausgesetzt, gegen die sich zunehmend Widerstand organisierte. Die Ursachen für das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens liegen aber auch in der sich in den 80er und 90er Jahren vertiefenden wirtschaftlichen und sozialen Krise, auf die die verschiedenen Teile der jugoslawischen Bürokratie mit wachsendem Nationalismus reagierten.

Nicole Huy-Prech faßt das
CWI-Statement zusammen

Im März 1989 verlor der Kosovo seine 1974 erlangte Autonomie, die serbische Verfassung von 1990 bestätigte diesen Zustand. Die serbische Siedlungspolitik, während der Kriege in Bosnien und Kroatien, erhöhte die Spannungen im Kosovo.

Aus Angst, daß bei einem Krieg auch Albanien, Griechenland, Bulgarien und die Türkei involviert werden könnten, versucht der Westen, die Region mit allen Mitteln zu befrieden. Er will nicht, daß sich die Instabilität auf die ganze Region ausdehnt. Tatsächlich hat der Imperialis-

mus seine Unfähigkeit, eine stabile, friedliche Lösung auf kapitalistischer Grundlage herbeizuführen, in den letzten Jahren bewiesen.

Die internationale ArbeiterInnenbewegung trat bereits vor dem 1. Weltkrieg für die Schaffung einer demokratisch-sozialistischen Föderation am Balkan ein. Allerdings war die nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete „Jugoslawische Föderation“, obwohl sie nicht kapitalistisch war, trotzdem weder demokratisch, sozialistisch noch eine wirklich gleichberechtigte Föderation.

Als SozialistInnen unterstützen wir das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht der Mehrheit im Kosovo

auf ihren eigenen Staat. Ein solcher auf kapitalistischer Basis wäre aber wieder nicht unabhängig, sondern in der Hand einer oder mehrerer imperialistischer Mächte.

Aber es sind nicht „die SerbInnen“ die Feinde „der AlbanerInnen“ – ihre Unterdrücker sind die serbische Elite und reaktionäre Kräfte. Der Kampf gegen nationale Unterdrückung muß gegen die wirklichen Unterdrücker gerichtet sein. Wenn die UCK – die Kosovo Befreiungsarmee – wahllos irgendwelche SerbInnen angreift, vertieft das die Feindschaft zwischen den verschiedenen Nationalitäten nur. Nur eine Massenbewegung, die sich selbst verteidigen kann, kann der Repression tatsächlich ein Ende setzen. Das würde bedeuten, AlbanerInnen UND SerbInnen in demokratische Strukturen einzubinden, die sowohl gegen die Repression der serbischen Autoritäten als auch gegen ethnische Konflikte kämpfen. Wenn die ArbeiterInnenbewegung die Führung übernimmt und in der Praxis zeigt, daß sie ein Kosovo der



Demonstration für Unabhängigkeit

Arbeiter und Kleinbauern, mit allen Rechten für Minderheiten, schaffen will, welche mit ArbeiterInnen, Jugendlichen und Kleinbauern/-bäuerinnen aller Balkanländer zusammenarbeiten will, um ethnische Konflikte, Armut und Ausbeutung zu beenden, kann ein neuer Krieg verhindert werden.

Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale fordert daher:

- Eine Beendigung der Repressionen im Kosovo durch die serbische Führung
- Nein zu US-, NATO- oder UN-Militärintervention
- Das Recht aller Menschen, sich gegen ethnische, nationale, religiöse und sonstige Unterdrückung zu wehren und das Recht auf Selbstbestimmung.
- Verteidigung der Rechte aller ethnischen,

nationalen und religiösen Minderheiten

- Aufbau einer vereinigten ArbeiterInnen- und Jugendbewegung, um gegen Unterdrückung, Armut und Kapitalismus zu kämpfen. Nein zur Marktwirtschaft, für eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft.
- Das Recht der BewohnerInnen des Kosovo auf Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat. Für ein unabhängiges, demokratisches Kosovo der ArbeiterInnen und Kleinbäuerinnen/-bauern, mit allen Rechten für alle

Minderheiten.

- Nieder mit der Milosevic-Clique, für ein demokratisches Serbien der ArbeiterInnen und Kleinbauern. Gegen Sanktionen, die serbische ArbeiterInnen, arme Kleinbauern/-bäuerinnen und Jugendliche treffen.
- Für eine Konferenz von ArbeiterInnen- und Jugendorganisationen der Balkanländer, der Türkei und Zyperns, um einen gemeinsamen Standpunkt zu formulieren und gemeinsame Aktivitäten gegen Repression, Chauvi-

nismus und Armut und für eine wirkliche sozialistische Alternative zu organisieren.

- Für den Aufbau einer wirklichen, gleichberechtigten, freiwilligen, demokratischen Konföderation der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen von sozialistischen Balkanstaaten, die beginnen können, die Region auf Basis einer demokratisch geplanten und kontrollierten Wirtschaft wieder aufzubauen.
- Für eine demokratische, freiwillige Föderation für ganz Europa.



Mc Jobs - Nein Danke!

Wie lautet die Verbindung des Unternehmerslogans „Karriere mit Lehre“ und der sprichwörtlichen „Mc Jobs“? Systemgastronom! Mc Donald's hat sich entschlossen, etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen. Der neue Lehrberuf des „Systemgastronom“ hat eine 3-jährige Ausbildungsdauer. Die Ziele der Ausbildung sind: hochqualifizierte Fachkraft im Restaurant und die Möglichkeit, später eine Funktion im Restaurantmanagement zu erreichen. Außerdem wird die Chance geboten, am WIFI einen Fachlehrgang „Systemgastronomie“ zu besuchen, wodurch man die Möglichkeit hat, die Konzession für das Gastgewerbe zu erlangen und später Franchisepartner von Mc Donald's zu werden.

Romana Felix
SOV OG Wien-West

Weitere wichtige Ausbildungspunkte: Umgang mit Gästen (wofür bei einer Fast-Food-Kette ja eine umfangreiche Ausbildung nötig ist), Wartung und Instandhaltung der Arbeitsgeräte (wie säubere ich einen Grill fachgerecht?) und Lagerhaltung und Bestellwesen (wie verhindere ich, daß das Trockenmilchpulver klumpt?)

„Bildungsfahrten“ durch Wien

Weiters sind Lieferantentouren in der Ausbildung eingeplant, um „dem Lehrling die Zusammenhänge über das Restaurant hinaus, verständlich zu machen“. Im Lieferwagen durch Wien zu fahren, bildet ja auch ungemain. Besonders wenn man einer späteren Karriere als Taxifahrer/in nicht abgeneigt ist. Schließlich gibt es noch den Ausbildungspunkt Produktpräsentation. Mc Donald's hat sogar bei der Erstellung des Berufsbildes mitgearbeitet. Die Bezahlung

kann sich sehen lassen. Im 1. Lehrjahr öS 5.500,-, im zweiten S 6.200,- und im dritten S 7.500,-.

Das klingt auf den ersten Blick gar



Karriere mit Lehre - zum Beispiel Ausbildung zum Systemgastronom

nicht so übel. Die Gewerkschaft (HGPD) ist jedenfalls voll des Lobes. Wir sehen es weniger positiv. Der Konzern zahlt die relativ hohe Lehrlingsentschädigung nicht, weil er ein so menschenfreundliches Un-

ternehmen ist. Tatsache ist, daß Mc Donald's mit diesem Konzept Arbeitskräfte einsetzen kann, die einen Bruchteil des Gehalts seiner sonstigen Angestellten kosten, aber genau die gleiche Arbeit verrichten. Die angepriesene Funktion im Restaurantmanagement kann man auch ohne „Lehre“ erreichen.

Schöne Aussichten nach Lehre?

Nach Beendigung der Ausbildung hat man nur zwei Möglichkeiten: 1.) Man bleibt lebenslänglich bei Mc Donald's. 2.) Man wird Franchise-

partner von Mc Donald's. In sämtlichen anderen Bereichen der Gastronomie wird sich kaum die Möglichkeit bieten, unterzukommen. Denn eigentlich ist man trotz Lehrabschlussprüfung nicht viel mehr als eine „angelehrte Arbeitskraft“. Während der Lehrling in der normalen Koch-Kellner-Ausbildung Fertigkeiten wie eben das Zubereiten von Speisen, die Bedienung der Gäste usw. lernt, fehlt dies bei Mc Job's fast zur Gänze. Die Kundenbetreuung beschränkt sich auf ein Minimum und die Zubereitung von Hamburgern & Co. ist rasch erlernt. Anstatt die Vielzahl von Lehrberufen zu Flächenberufen zusammenzufassen, läßt sich die Gewerkschaft von den Unternehmern vor den Karren spannen und verwirklicht eine Uraltforderung der Wirtschaftskammer nach einer weiteren Aufsplitterung der Lehrberufe.

Bürgerliche Lehrlingskonzepte

Mit diesem Lehrlingskonzept wird die Arbeitskraft der Jugendlichen den Bedürfnissen der Unternehmer optimal angepaßt. Die Ausbildung und die weiteren Berufsaussichten bleiben dabei auf der Strecke. Denn je „spezifischer“ die Lehrberufe sind, desto schwieriger wird es, den Arbeitsplatz zu wechseln und die Unternehmer halten so einen weiteren „Trumpf“ gegen die Beschäftigten in der Hand. Entgegen den Forderungen der eigenen Gewerkschaftsjugend, die die Zusammenfassung der Lehrberufe zu Flächenberufen fordert, machen sich die Fachgewerkschaften unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zum willigen Vollstrecker der Unternehmerforderungen.

Wie kann Mochovce abgeschaltet werden?

Engagement gibt es im Angebot. Global 2000 wirbt in Kinospots mit: „Engagement kostet nur 750,-“. Greenpeace & Co sind da schon teurer: Mit „Hast Du 5 Minuten für den Umweltschutz“ bringt erst ein Dauerauftrag die Rettung der Umwelt. Die Konzepte, die Global 2000 vertritt, stellen aber untaugliche Vorschläge zur Lösung der Umweltprobleme dar:

Global 2000 sagt zwar Atomkraftwerken prinzipiell den Kampf an, glaubt aber mit medienwirksamen Einzelaktionen und der „Krone“ diesen Kampf führen zu können. Anstatt ArbeiterInnen und Jugendliche zu mobilisieren, werden diese zu „Umweltkonsumenten“, die einen möglichst hohen Finanzbeitrag zahlen, degradiert.

Mochovce läuft - Krone und Global 2000 sind mit ihrer - oft auch nationalistischen Kampagne, in der die Slowakei zum Feindbild stilisiert worden - gescheitert.

Die SOV meint: Nicht die kleinen Leute, sondern das große Kapital soll für den Umweltschutz bezahlen. Das werden wir nur durch Druck von der Straße erreichen. Das Einschalten des Atomkraftwerks Zwentendorf 1978 nur durch eine breite Bewegung von unten verhindert. Eine solche - internationale - Bewegung könnte Mochovce und alle Atomkraftwerke weltweit abschalten.

John Evers

- ♦ Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- ♦ Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- ♦ Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- ♦ Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- ♦ Statt Kürzungen im Bildungsbe-

was wir wollen

- reich eine Ausbildungsoffensive.
- ♦ Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- ♦ Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- ♦ Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- ♦ Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- ♦ Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Nein zu einem repressiven, rechts-extrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- ♦ Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen

- Kontrollbereich.
- ♦ Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- ♦ Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- ♦ Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- ♦ Wir wollen eine breite Opposition

- links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- ♦ Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- ♦ Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.